



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Entwicklungspolitik 2030

Neue Herausforderungen – neue Antworten

BMZ Strategiepapier



Inhalt

1. ENTWICKLUNGSPOLITIK 2030	2
2. MEGATRENDS VERÄNDERN DEN PLANETEN – HANDLUNGSFELDER FÜR EINE ZUKUNFTSGERECHTE ENTWICKLUNGSPOLITIK	3
3. UNSER ANSATZ – UNSERE INSTRUMENTE	5
4. WIR ARBEITEN ERFOLGREICH IN KRISEN- UND KRIEGSGEBIETEN	7
5. MARSHALLPLAN MIT AFRIKA UMSETZEN	11
6. GLOBALISIERUNG GERECHT GESTALTEN	13
7. EUROPÄISIERUNG UND INTERNATIONALISIERUNG	22
8. ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG	24

1. Entwicklungspolitik 2030

Entwicklungspolitik neu positionieren.

Globalisierung und Digitalisierung schaffen Chancen, haben aber auch ihre Schattenseiten. Dienstleistungen, Kapital und Personen sind heute weltweit im Austausch. Wir tragen Kleidung aus Bangladesch, genießen den Kaffee aus Westafrika, kein Handy und kein Auto würde funktionieren ohne die Ressourcen afrikanischer Länder. Durch das Fernsehen und das Internet sind wir weltumspannend vernetzt. Wissen und Informationen sind in Echtzeit rund um den Globus verfügbar. Daraus erwachsen Herausforderungen, aber auch große Chancen für Entwicklung, Bildung und Innovationstransfer in die Entwicklungsländer.

Durch eine explodierende Weltbevölkerung wächst der Druck auf die Natur, auf Ressourcen und Klima weltweit gewaltig. So stieg seit 1950 der Wasserverbrauch um das Dreifache, erhöhte sich der CO₂-Ausstoß um das Vierfache und stieg die Weltwirtschaftsleistung um das Siebenfache.

Uns allen ist bewusst: Der Planet hat Grenzen, und seine Ressourcen sind endlich. Ziel politischen Handels muss es sein, die Erde der nächsten Generation mindestens so intakt zu übergeben, wie wir sie übernommen haben.

Politisches Handeln braucht Werte, Mut und einen Paradigmenwechsel.

Nachhaltigkeit muss das Prinzip all unseres Tuns sein: ökonomisch, ökologisch, sozial und kulturell. Nach dem Prinzip der Vernunft und Verantwortung sind wir verpflichtet zum Erhalt und zur Bewahrung des Lebens, der Schöpfung und zur Wahrung elementarer Menschenrechte, wie das Recht auf ein Leben in Würde für alle Menschen auf dem Planeten.

Die Weltgemeinschaft hat sich mit dem New Yorker Zukunftsvertrag und der Festlegung von 17 globalen Entwicklungszielen und der Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens auf einen gemeinsamen Weg in die Zukunft verpflichtet. Allen voran steht das Ziel, dass die extreme Armut bis 2030 gelöst werden kann und muss.

Wir haben kein Erkenntnisproblem. Wir haben ein Handlungsproblem.

Wir wissen, was zu tun ist und so sind wir alle aufgefordert entschieden und verantwortungsvoll zu Handeln. In einer interdependenten Welt können wir nur gemeinsam überleben und die Herausforderungen bewältigen. Wir brauchen Kooperation und Selbstbeschränkung mit einer handlungsfähigen Europäischen Union und einer starken internationalen Staatengemeinschaft.

2. Megatrends verändern den Planeten – Handlungsfelder für eine zukunftsgerechte Entwicklungspolitik

1 DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG

Jedes Jahr wächst die Weltbevölkerung um 80 Millionen Menschen. 90 Prozent entfallen dabei auf die Entwicklungs- und Schwellenländer. Die Weltbevölkerung wird bis 2050 auf rund 9 Milliarden Menschen anwachsen, Afrikas Bevölkerung verdoppelt sich.

Das sprunghafte Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern bringt große Herausforderungen, aber auch enorme Chancen. In den Entwicklungsländern entsteht eine massive Investitionsnachfrage. Notwendig ist eine neue intelligente Infrastruktur in Bau, Handel, Transport, Bildung, Gesundheit und Beschäftigung. Allein auf dem afrikanischen Kontinent sind jährlich 20 Millionen neue Jobs für die wachsende junge Bevölkerung notwendig.

2 KNAPPHEIT VON RESSOURCEN

Natürliche Ressourcen wie Wasser, Land, Nahrung und andere Rohstoffe werden immer knapper. OECD-Studien schätzen den Anstieg der Nachfrage nach Energie bis zum Jahr 2030 auf 50 Prozent bei Wasser auf bis 40 Prozent ein. Heute brauchen 20 Prozent der Menschen der Industrieländer 80 Prozent der Ressourcen. Die zunehmende Ressourcenknappheit steigert das Risiko für Konflikte und Kriege und ist eine zentrale Herausforderung für globale Governance.

3 KLIMAWANDEL

Der Klimawandel und die Umweltzerstörung haben zunehmend erhebliche negative Effekte auf die Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern. Der Klimaschutz und die weltweite Einhaltung des Zwei-Grad-Zieles werden sich wesentlich in der Energiepolitik und beim Bau der neuen urbanen Räume in den Entwicklungs- und Schwellenländern entscheiden.

4 DIGITALISIERUNG UND INTERDEPENDENZ

Durch Digitalisierung ist Wissen und Information heute in Echtzeit rund um den Globus verfügbar. Daraus erwächst eine große Chance für Entwicklung, Bildung und Innovationstransfer in die Entwicklungsländer. Neue und nachhaltige technologische Lösungen müssen mit neuen Wirtschafts- und Wachstumsmodellen für einen beschäftigungswirksamen, ökologischen und sozial nachhaltigen Strukturwandel in den Entwicklungs- und Schwellenländern einhergehen. Globale Wertschöpfungsketten müssen gerecht gestaltet werden. Der weltweite Markt und Handel schafft Zukunft und Arbeitsplätze auch und gerade in den Entwicklungsländern braucht aber verbindliche soziale und ökologische Regeln sowie Standards zur Wahrung grundlegender Menschenrechte und kultureller Besonderheiten.

5 FLUCHT UND MIGRATION

Flucht und Migration sind eine langfristige und weltweite Herausforderung. Mehr als 68 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht. 85 Prozent von ihnen finden Aufnahme in den Entwicklungsländern. Bevölkerungsentwicklung, Kriege, Hunger, Klimaveränderung und Perspektivlosigkeit gerade für die junge Generation sind die Auslöser. Handeln wir nicht entschieden durch eine Stärkung unserer langfristigen Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit und eine Neugestaltung der Handelsbeziehungen zur Schaffung von Zukunfts- und Bleibeperspektiven vor Ort, werden sich möglicherweise bald nicht nur Tausende, sondern Millionen Menschen in Richtung Europa aufmachen.

Auch die Zahl der Migranten steigt. Weltweit sind mehr als 240 Millionen Menschen migriert. Häufig spielen die persönliche wirtschaftliche Lage und ein Mangel an Perspektiven im Herkunftsland eine wesentliche Rolle.

3. Unser Ansatz – unsere Instrumente

Die globalen Herausforderungen bedürfen globaler Antworten. Die Europäische Union muss insbesondere zur Umsetzung des Weltzukunftsvertrages, des Pariser Klimavertrages und einer neuen EU-Afrikapolitik Entwicklungspolitik zum gemeinschaftlichen Schwerpunkt weiterentwickeln. Notwendig dazu sind institutionelle Strukturen wie ein verantwortlicher Kommissar, ein verstärkter EU-Haushaltsansatz und ein Auftrag zur Neugestaltung einer fairen, nachhaltigen Ressourcen- und Handelspolitik mit den Entwicklungsländern und insbesondere dem afrikanischen Kontinent. Entwicklungspolitik muss dabei als vernetzter Bestandteil unserer wirtschaftspolitischen, sicherheits- und außenpolitischen Interessen zur Wahrung und Schaffung von Frieden, Gerechtigkeit und Erhaltung der Menschenrechte gestaltet werden.

1 Staatliche Entwicklungsgelder national und europäisch erhöhen und wirksam einsetzen

In den vergangenen Jahrzehnten wurden große Erfolge insbesondere bei der Bekämpfung von Hunger und Armut, beim Aufbau von wirksamen Gesundheitsstrukturen und der Bekämpfung von Epidemien, aber auch beim Zugang zu Bildung erzielt.

Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit setzt darüber hinaus Leuchttürme im Bereich des Technologietransfers, in der Energie-, Umwelt- und Klimapolitik sowie beim Aufbau leistungsfähiger Strukturen in der Landwirtschaft.

Die ODA-Quote darf national und europäisch nicht absinken, sondern muss sich konsequent dem Ziel von 0,7 Prozent nähern. Die Zusammenarbeit, aber auch Formen der Kooperation mit den EU-Mitgliedstaaten, der EU-Kommission und der Weltbank sind erheblich verbesserungsbedürftig. Koordination und Kohärenz unter den verschiedenen Handlungsebenen bleiben eine Daueraufgabe.

Die Zusammenarbeit mit Schwellenländern ist eine strategische Aufgabe von besonderer Bedeutung, insbesondere beim Schutz öffentlicher Güter.

2 Nachhaltige Privatinvestitionen fördern

Die Rahmenbedingungen für Privatinvestitionen in den Entwicklungsländern müssen verbessert werden. Rechtssicherheit, Transparenz und effektive Strukturen zur Bekämpfung der Korruption sind wesentliche Bestandteile unserer Zusammenarbeit mit den Partnerländern. Die Weltbank, regionale Entwicklungsbanken, Privatbanken und private Investoren müssen ihre Investitionsinstrumente erweitern und Investitionen in Entwicklungsländern in moderne Infrastruktur, berufliche Bildung und Gesundheitswesen vorantreiben. Auf der Basis eines Entwicklungsinvestitionsgesetzes sowie weiteren Absicherungsinstrumenten und Maßnahmen wollen wir insbesondere deutschen Investoren mehr Rechtssicherheit, gezielte Förderanreize und eine klare Risikoabsicherung bieten.

3 Fairen Handel ermöglichen

Die Globalisierung und Digitalisierung hat in den letzten Jahren zu vielen auch positiven wirtschaftlichen Entwicklungen weltweit geführt. Insbesondere in Asien haben Investitionen und Handel mehr als eine Milliarde Menschen von Armut befreit. Die Kehrseite der Globalisierung sind jedoch wachsende Ungleichheiten, massive Umweltzerstörungen, Klimawandel, prekäre Arbeitsbedingungen und anhaltende Menschenrechtsverletzungen. Dies trifft insbesondere für Handel und Investitionen mit Afrika und innerhalb Afrikas zu.

Das Welthandelssystem muss nachhaltig und gerecht ausgestaltet werden. Die WTO muss sich von einer Freihandels- hin zu einer Fairhandels-Organisation wandeln. Notwendig ist die Durchsetzung von Nachhaltigkeitsstandards in globalen Lieferketten. Faire Handelsbeziehungen sind zentrale Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung Afrikas.

4 Eigenleistungen sind Voraussetzung für Fortschritt

Für die Zusammenarbeit mit unseren Partnerländern haben wir klare Erwartungen und Voraussetzungen an Entwicklungserfolge:

- die Erhöhung der Eigenleistung,
- die Bekämpfung der Korruption,
- die Einhaltung von Menschenrechten und
- der Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen.

Wir werden die Zahl unserer Partnerländer reduzieren und unsere Zusammenarbeit noch stärker konditionalisieren und auf Wirksamkeit hin überprüfen. Die angestrebten Reformpartnerschaften fordern Eigenleistung auf der Basis des Ansatzes des Förderns und Forderns. Ein wichtiger Bestandteil ist dabei der Aufbau eigener Finanz- und Steuerverwaltungen, von Rechnungshöfen und Institutionen zur Bekämpfung der Korruption.

5 Zusammenarbeit mit Kommunen, Politischen Stiftungen und der Zivilgesellschaft ausbauen

Wir werden das Subsidiaritätsprinzip in unserer Entwicklungspolitik durchgängig weiter stärken und die Rolle und Teilhabe der nichtstaatlichen Akteure weiter ausbauen. Der Arbeit der Kirchen und der Zivilgesellschaft, aber auch der politischen Stiftungen, der Städte und Kommunen, messen wir entscheidende Bedeutung bei. Die jährlichen Mittel für unsere Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteuren sollen weiterhin überproportional zur Gesamtentwicklung des Entwicklungshaushaltes aufwachsen. Wirksamkeit und Effizienz müssen tragende Prinzipien der Arbeit sein.

6 Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit stärken

Die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen müssen in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt werden. Weltbank und regionale Entwicklungsbanken sind wichtige multilaterale Partner. Wir unterstützen eine umfassende Reform der Vereinten Nationen auf der Basis der vorgelegten Vorschläge, insbesondere hinsichtlich einer wesentlich verbesserten Koordinierung.

Dem Ausbau der Zusammenarbeit mit UNICEF, UNDP sowie UNHCR messen wir besondere Bedeutung bei. Wir treten für die Schaffung einer verlässlichen Finanzierung durch Pflichtbeiträge aller UN-Mitgliedstaaten und einen zusätzlichen UN-Hilfsfonds für den Einsatz in Krisen- und Kriegsgebiete in einem Umfang von 10 Milliarden US-Dollar pro Jahr ein.

4. Wir arbeiten erfolgreich in Krisen- und Kriegsgebieten

Wir arbeiten weltweit in Krisen- und Notstandsgebieten – kurz-, mittel- und langfristig. Unser Ziel ist das Schaffen von Bleibe-, Rückkehr- und Zukunftsperspektiven:

- unmittelbare Unterstützung von Flüchtlingen zum Überleben,
- Aufbau von Infrastruktur,
- Bildung und Beschäftigung,
- Förderung der Privatwirtschaft und guter Regierungsführung,
- freiwillige Rückkehr und Reintegration.

Aktuelle Schwerpunktregionen sind:

Die Situation im Umfeld der Kriege in Syrien und im Jemen bleibt katastrophal: In Syrien ist ein humanitärer Zugang zu knapp 2,5 Millionen Menschen nur eingeschränkt möglich, im Jemen sind 22 von 27 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe und medizinische Versorgung angewiesen. In Bangladesch ist mit rund einer Million Rohingya innerhalb weniger Monate eines der größten Flüchtlingslager der Welt entstanden. Weltweit hungern noch immer mehr als 820 Millionen Menschen.

BMZ – Zukunftsperspektiven schaffen		
Flüchtlingslager/ aufnehmende Gemeinden	kurzfristig	<ul style="list-style-type: none"> → Überlebenshilfe → Infrastruktur → Notversorgung
	mittelfristig	<ul style="list-style-type: none"> → Schulen für Kinder → Ausbildung für Jugendliche → Arbeit für Erwachsene
	langfristig (aber unmittelbar)	<ul style="list-style-type: none"> → Wirtschaft → Infrastruktur → Staatlichkeit

Unsere Maßnahmen schaffen Bleibe- und Zukunftsperspektiven in den Krisen- und Fluchtländern.

Von unseren Vorhaben im Bereich der Krisenbewältigung profitieren weltweit bis zu 10 Millionen Menschen, darunter mindestens 3,7 Millionen Kinder und Jugendliche. Deutschland zählt zu den größten Gebern im Krisenbogen Syrien und ist für Jordanien, den Libanon, den Irak und die Türkei einer der bedeutendsten Partner für die Unterstützung syrischer Flüchtlinge und ihrer aufnehmenden Gemeinden.

1 Wir sichern Überleben.

- Ernährungssicherung für mehr als 8 Millionen Menschen.
- Aus- und Fortbildung von 1 Million Kleinbauern.
- Sicherung von Landrechten von rund einer halben Million Menschen.

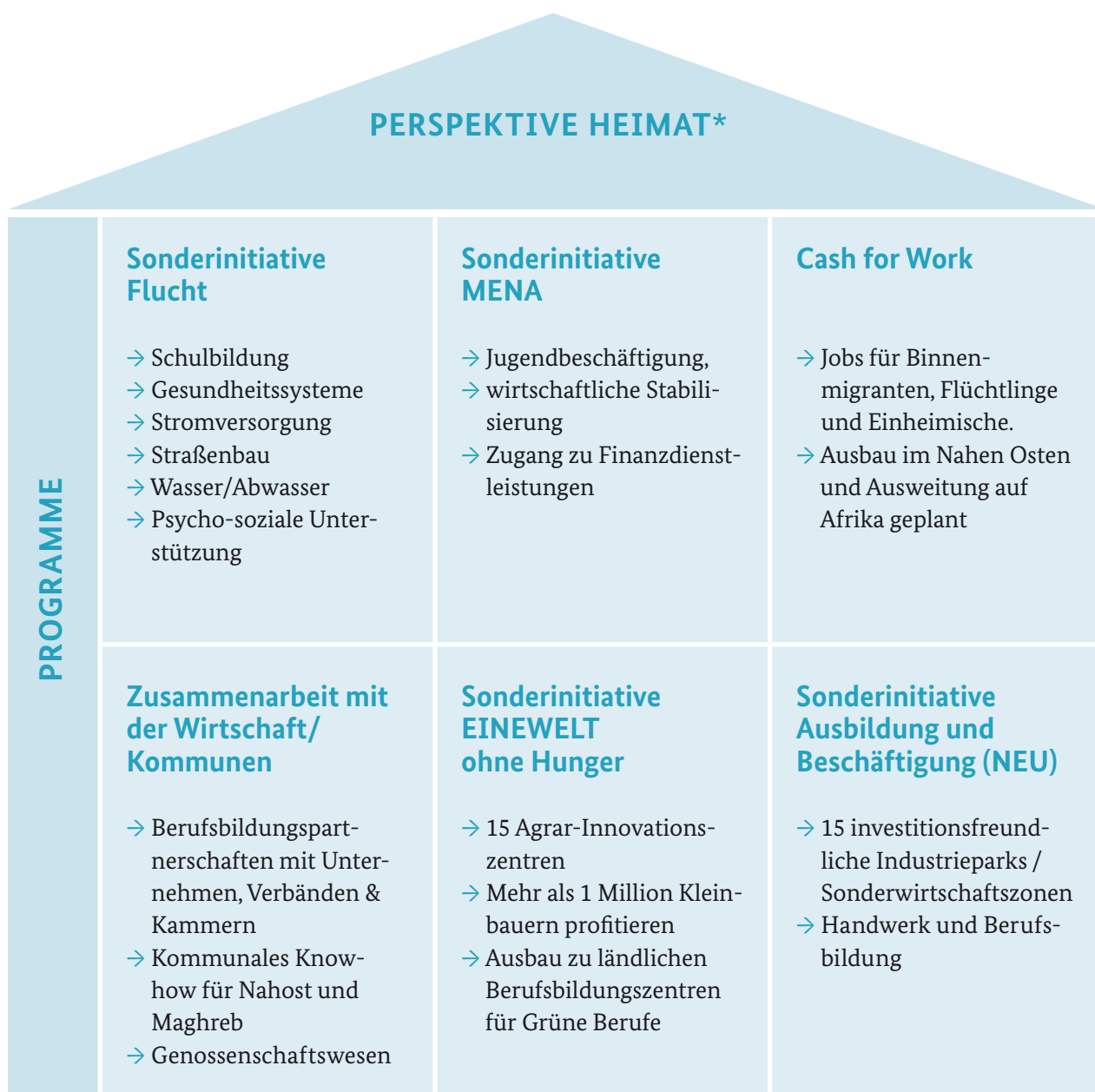
2 Wir bauen Infrastruktur auf.

- Wasser- und Sanitärversorgung für rund 200 Millionen Menschen.
- Erneuerbare Energieversorgung für 16 Millionen Menschen.
- Marokko: größtes Solarkraftwerk der Welt für mehr als 1,3 Millionen Menschen.
- Gesundheitsversorgung für 65.000 Flüchtlinge im Nordirak.

3 Wir investieren in Bildung und Beschäftigung und ermöglichen Rückkehr.

- Finanzierung von 17.000 Lehrern in der Türkei und in Jordanien ermöglicht Schulunterricht von 370.000 Kindern in der Region.
- In Ost-Mossul haben wir 115 Schulen wieder aufgebaut, in denen 54.000 Kinder zur Schule gehen können.
- Verbesserung der Ausbildung von 50.000 Menschen in Zusammenarbeit mit 100 Berufsschulen in Ägypten.
- Die Beschäftigungsoffensive Nahost (Cash for Work) hat in den letzten beiden Jahren mehr als 140.000 Jobs geschaffen.
- Über 270.000 Binnenflüchtlinge konnten mit unserer Unterstützung im Irak bereits in ihre Heimat zurückkehren.

Perspektive Heimat – Zukunftsperspektiven vor Ort



**Die Umsetzung erfolgt zusammen mit unseren Partnern, den Durchführungorganisationen, den Vereinten Nationen, den Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und der Wirtschaft.*

Mit unserem Gesamtansatz Perspektive Heimat verbessern wir kurz-, mittel- und langfristig die Lebenssituation der Menschen vor Ort. Dazu bauen wir auf die vielfältigen bereits bestehenden Programme und Strukturen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf.

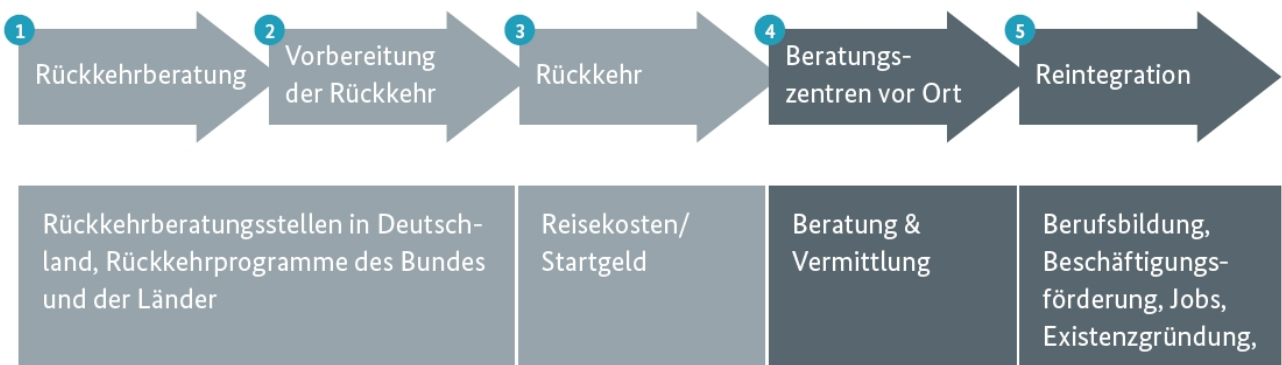
Um diese Menschen gezielt zu vermitteln und zu qualifizieren, haben wir Beratungszentren auf dem **Westbalkan** (Albanien, Kosovo, Serbien), in **Nord- und Westafrika** (Ghana, Marokko, Senegal, Tunesien, Nigeria) sowie im **Irak** eingerichtet. Weitere sind in Ägypten und Pakistan geplant.

Unsere Angebote richten sich an alle Menschen in unseren Partnerstaaten:

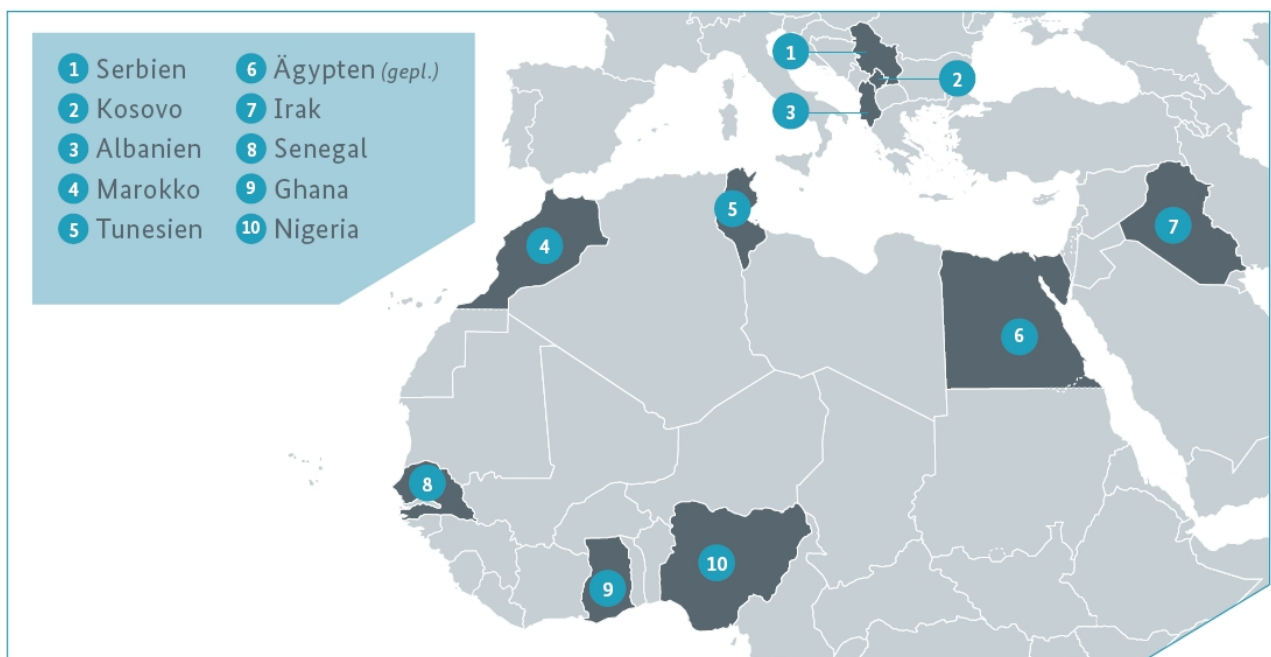
Sie sind erste Anlaufstelle für Einheimische, Flüchtlinge und Rückkehrer und Schnittstelle zu den lokalen Arbeitsagenturen und -angeboten.

- Einheimische,
- Flüchtlinge/Binnenvertriebene und
- Rückkehrer aus Deutschland.

VON DER FREIWILLIGEN RÜCKKEHR ZUR REINTEGRATION



UNSERE BERATUNGSZENTREN



5. Marshallplan mit Afrika umsetzen

Neben den globalen Herausforderungen in Asien und Lateinamerika ist Afrika mit jährlichen Zusagen von mehr als 2 Milliarden Euro Schwerpunktkontinent unserer Zusammenarbeit. Denn Europas Zukunft wird in Afrika mitentschieden.

BEVÖLKERUNGSWACHSTUM,

bis 2050 wird sich die Bevölkerung Afrikas auf 2,5 Milliarden Menschen verdoppeln;

ARMUTSBEKÄMPFUNG,

22 der 25 ärmsten Länder nach dem Human Development Index von UNDP liegen in Afrika;

HUNGER UND MANGELERNÄHRUNG,

noch immer hungern mehr als 200 Millionen Menschen in Afrika;

FEHLENDE ENERGIEVERSORGUNG,

2/3 aller Afrikaner haben keinen Zugang zu Strom;

RESSOURCENSCHUTZ UND KLIMAWANDEL,

bis zum Jahr 2050 wird mit bis zu 85 Millionen Klimaflüchtlingen in Afrika gerechnet;

BILDUNG,

mehr als 20 Prozent aller Kinder und mehr als ein Drittel aller Jugendlichen gehen nicht zur Schule;

BERUFLICHE BILDUNG UND BESCHÄFTIGUNG,

jedes Jahr kommen 20 Millionen Jugendliche neu auf den Arbeitsmarkt;

KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG,

jedes Jahr fließen 50 Milliarden US-Dollar illegal aus Afrika ab.

Nur wenn wir die großen Herausforderungen Afrikas gemeinsam erfolgreich bewältigen, werden wir die Ziele des Weltzukunftsvertrags und der Agenda 2063 der Afrikanischen Union erreichen.

Wir setzen dabei auf eine Stärkung der Eigenverantwortung der afrikanischen Staaten und auf eine Entwicklung, die alle einbezieht und von den Potentialen der eigenen Bevölkerung vorangetrieben wird.

Grundlage hierfür sind der Marshallplan mit Afrika, der Compact with Africa und der neue Partnerschaftsvertrag der EU mit Afrika (Nachfolge Cotonou-Vertrag). Weitere Partner sind multilaterale Akteure wie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Afrikanische Entwicklungsbank.

Zeit für einen Paradigmenwechsel

Der Marshallplan mit Afrika und der Compact with Africa haben einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Es stehen nicht mehr kleinteilige Einzelprogramme im Vordergrund, sondern integrierte Gesamtkonzepte für eine nachhaltige Entwicklung aller Politikfelder.

Schwerpunkte bilden die Reformpartnerschaften mit Côte d'Ivoire, Ghana und Tunesien. Die Aufnahme weiterer Reformpartnerschaften wird geprüft. Wir arbeiten dabei anhand von Kriterien für Korruptionsbekämpfung, Rechtsstaatlichkeit und für die Einhaltung der Menschenrechte.

Hierfür werden objektive Kriterien, wie beispielsweise der Korruptionswahrnehmungsindex (Transparency International), der Doing Business Index (Weltbank) und der Bertelsmann Transformations Index herangezogen.

Wir nehmen Afrika beim Wort – erst das Erreichen konkret vereinbarter Meilensteine, wie beispielsweise die Einrichtung staatlicher Institutionen oder aber die Verabschiedung von Gesetzen, führen zu einer zusätzlichen finanziellen Förderung. Denn Afrika muss selbst auch mehr leisten und seine Reformagenda 2063 konsequent umsetzen.

Notwendig sind darüber hinaus eine internationale und europäische Offensive in der Afrikapolitik, ein wesentlich stärkeres finanzielles Engagement der Europäischen Union, die Institutionalisierung der politischen Beziehungen in einem EU-Afrika-Rat, eine Investitionsoffensive und neue faire Rahmenbedingungen für die Handelsbeziehungen.

DER INTEGRIERTE GESAMTANSATZ DES MARSHALLPLANS MIT AFRIKA – IN DIESEN HANDLUNGSFELDERN SETZEN WIR AN:



ZUKUNFTSVERTRAG MIT AFRIKA

WIRTSCHAFT, HANDEL UND BESCHÄFTIGUNG

- Wirtschaft
-
- Handel
-
- Beschäftigung
-
- Berufliche Bildung
-
- Finanzierung
-
- Soziale Sicherung

FRIEDEN UND SICHERHEIT

- Frieden
-
- Sicherheit
-
- Stabilität
-
- Widerstandsfähigkeit

DEMOKRATIE UND RECHTSSTAATLICHKEIT

- Demokratie
-
- Rechtsstaatlichkeit
-
- Menschenrechte
-
- Politische Teilhabe
-
- Korruptionsbekämpfung
-
- Eigenmittel

Ernährung und Landwirtschaft

Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen

Energie und Infrastruktur

Gesundheit, Bildung und soziale Sicherung

6. Globalisierung gerecht gestalten

Uns allen ist klar, so wie bisher kann es nicht weitergehen. Wir leben auf Kosten anderer Menschen und auf Kosten unseres Planeten.

Zehn Prozent der Weltbevölkerung verfügen über 90 Prozent des Vermögens, 20 Prozent der Menschheit in den Industriestaaten verbrauchen 65 Prozent der Ressourcen. Das ist weder gerecht noch zukunftsfähig. Wachstum und Wohlstand sind kein Selbstzweck.

Globalisierung gerecht zu gestalten heißt, alle teilhaben zu lassen an Wachstum und Wohlstand und Rücksicht zu nehmen auf den Schutz der globalen Güter des Planeten.

Denn ein friedliches Zusammenleben setzt eine gerechte Weltordnung, fairen Handel und einen fairen Interessenausgleich zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern voraus. Alle Menschen müssen auf dem Planeten in Würde leben können.

Wir brauchen Trendwenden.

Wir müssen gemeinsam handeln, denn wir leben im globalen Dorf. Wir brauchen ein neues Wachstumsverständnis und eine Wirtschaft, die auch global in Kreisläufen denkt. Der weltweite Markt und Handel brauchen verbindliche soziale und ökologische Regeln und Standards zur Wahrung grundlegender Menschenrechte sowie kultureller Besonderheiten und zum Schutz der ökologischen Ressourcen des Planeten.

Ein neues Wachstumsmodell ist nötig. Und das heißt vor allem: Ehrlich rechnen! Das Bruttoinlandsprodukt allein zeigt nicht das wahre Bild. Es entstehen Krankheitskosten durch Abgase, Gifte, Verlust von Wäldern, Böden, Artenvielfalt. Das taucht auf keinem Preisschild auf. Der Verbrauch und die Zerstörung unserer Natur dürfen nicht gratis sein. Es muss das Verursacherprinzip gelten, Umweltkosten müssen eingerechnet werden, gerade für den Schutz der globalen Güter. Die Natur ist Kapital und hat einen hohen Wert.

Wir brauchen eine Wirtschaft, die erkennt, dass Abfall zugleich Rohstoff ist. Noch immer werden nur 10 Prozent aller Rohstoffe im Kreislauf geführt. Die Auswirkungen sind immens. In unseren Ozeanen haben sich quadratkilometergroße Teppiche aus Plastikmüll gesammelt.

Wir wollen die Globalisierung gerecht gestalten. Wichtige Partner dabei sind unsere Durchführungsorganisationen (insbesondere GIZ und KfW), die Wirtschaft, die politischen Stiftungen, die Kommunen und Tausende von Experten der Zivilgesellschaft. Mit ihnen arbeiten wir:

- für eine Welt ohne Hunger,
- für die Umsetzung der Agenda 2030,
- für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und
- die Umsetzung der Vorgaben der G7 und G20.

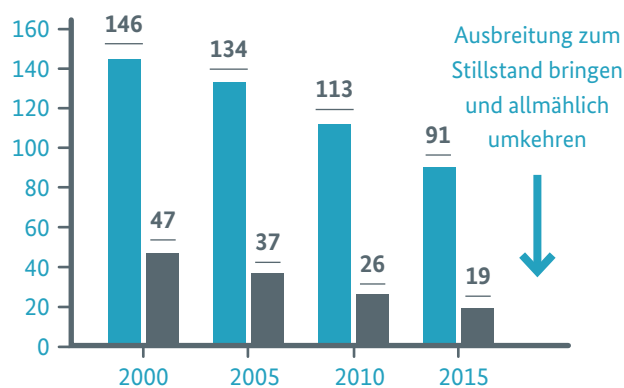
Wir erzielen langfristige Wirkungen und Erfolge.

In den letzten 20 Jahren konnte die Zahl der Hungernden im Verhältnis zur Bevölkerungszahl halbiert werden. Trotz des Bevölkerungswachstums konnte die Zahl, der in Armut lebenden Menschen deutlich von 60 Prozent im Jahr 1970 auf 14 Prozent im Jahr 2011 reduziert werden.

Es gab

- 40 Prozent weniger HIV-Infektionen,
- 37 Prozent weniger Malaria-Erkrankungen und
- die Müttersterblichkeit konnte um 45 Prozent verringert werden.

HIV/AIDS, MALARIA UND ANDERE SCHWERE KRANKHEITEN BEKÄMPFEN



Anzahl der Menschen mit Malaria (pro 1.000 gefährdeter Menschen) und Anzahl der Todesfälle durch Malaria (pro 100.000 gefährdeter Menschen)

■ Inzidenzrate ■ Todesfälle

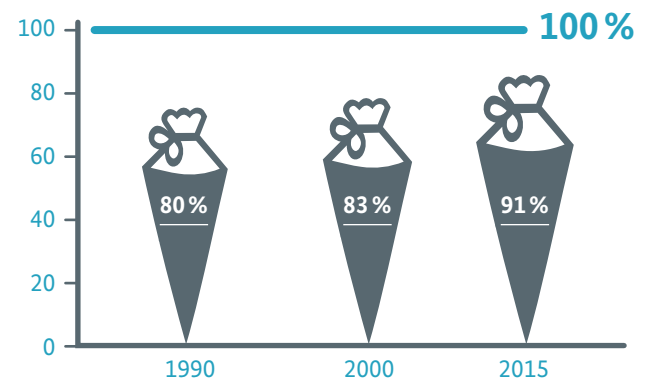
Wir investieren in die Zukunft der Kinder.

In den letzten 15 Jahren wurden weltweit

- 20 Prozent mehr Kinder eingeschult,
- 27 Prozent mehr Kinder erreichten Sekundarschulen und
- die Zahl der Schulabschlüsse stieg um 15 Prozent.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist längst ein politisches Querschnittsthema. Wir brauchen neue Antworten in der Wirtschafts- und Handelspolitik, neue Antworten in der Umwelt- und Klimapolitik, neue Antworten in der Agrar- und Sozialpolitik, neue Antworten in der Außen- und Sicherheitspolitik.

ALLGEMEINE GRUNDSCHULBILDUNG VERWIRKLICHEN



Einschulungsrate in Prozent in Entwicklungsländern

Unsere Schwerpunkte

1 Armutsbekämpfung und Ernährungssicherung – eine Welt ohne Hunger ist möglich

Noch immer leben mehr als 700 Millionen Menschen in absoluter Armut. Sie haben weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag. Die Zahl der Hungernden ist erstmals wieder angestiegen – auf über 820 Millionen Menschen. 70 Prozent aller Armen und Hungernden leben auf dem Land.

Alleine in Afrika denkt jeder zweite Jugendliche darüber nach, seine ländliche Heimat zu verlassen. Dies muss sich ändern.

UNSER ANSATZ

Ländliche Räume müssen Zukunftsräume werden. Wir setzen auf Wertschöpfung vor Ort und unterstützen beispielsweise Kooperativen und Unternehmen, die Kakao und Kaffee vor Ort verarbeiten.

Die G7 haben sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam bis zum Jahr 2030 500 Millionen Menschen aus Hunger und Mangelernährung zu befreien, denn wir haben die Technologie und die Lösungen für eine Welt ohne Hunger. Unsere Grünen Innovationszentren vermitteln Grundlagen der Ausbildung und Forschung. Wir werden sie zu Ausbildungszentren für Grüne Berufe weiter entwickeln.

→ *Investitionen in ländliche Räume*

→ *Grüne Innovationszentren*

→ *Grüne Berufe*

2 Bildung – in die Zukunft der Menschen investieren

Bildung allein macht weder satt noch reich. Sie ist aber die Grundvoraussetzung für politische, soziale, kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Doch noch gibt es weltweit etwa 750 Millionen Jugendliche und Erwachsene, die nicht lesen und schreiben können. Davon sind fast zwei Drittel Frauen. 264 Millionen Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 17 Jahren haben keine Möglichkeit, zur Schule zu gehen. Und die Kinder, die eine Schule besuchen, schließen sie zu häufig nicht ab.

UNSER ANSATZ

Wir werden Bildung – von der Grundbildung bis zur Berufsbildung – zum Schwerpunkt unserer Entwicklungszusammenarbeit machen. Mit unserer gemeinsamen Initiative mit der Afrikanischen Union (AU-Skills Initiative) und der neuen Sonderinitiative Ausbildung und Beschäftigung wollen wir die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft für die Schaffung von Ausbildungsplätzen verstärken und zukünftig 25 Prozent unserer Mittel für Bildung und berufliche Bildung bereitstellen.

→ *Aufbau und Stärkung von Bildungssystemen*

→ *Schwerpunkt berufliche Bildung*

→ *AU-Skills Initiative*

3 Gesundheit und Bevölkerungsentwicklung – wir sichern Überleben.

Noch immer sterben jeden Tag etwa 16.000 Kleinkinder; sehr viele von ihnen an Krankheiten, die heute vermeidbar sind. Der Ausbruch einer Epidemie wie Ebola ist symptomatisch für die oftmals schwachen Gesundheitssysteme in unseren Partnerländern.

→ *Bekämpfung von Epidemien*
→ *Ebola, TBC, Aids*

Nur wer gesund ist, kann sich entwickeln und sein volles Potential entfalten. Deshalb sind gerade Impfprogramme für Kinder so wichtig. Sie retten nicht nur millionenfach Menschenleben sondern sorgen zugleich dafür, dass Kinder gesünder aufwachsen und besser lernen können.

→ *Impfprogramme*

UNSER ANSATZ

Um die betroffenen Länder besser auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten, haben wir das Sonderprogramm „Gesundheit in Afrika“ gestartet. Für mehr als 200 Millionen Euro sollen afrikanische Gesundheitssysteme in den Bereichen Ausbildung, Ausrüstung und Aufklärung ausgebaut werden.

→ *Aufbau grundlegender Gesundheitsstrukturen*

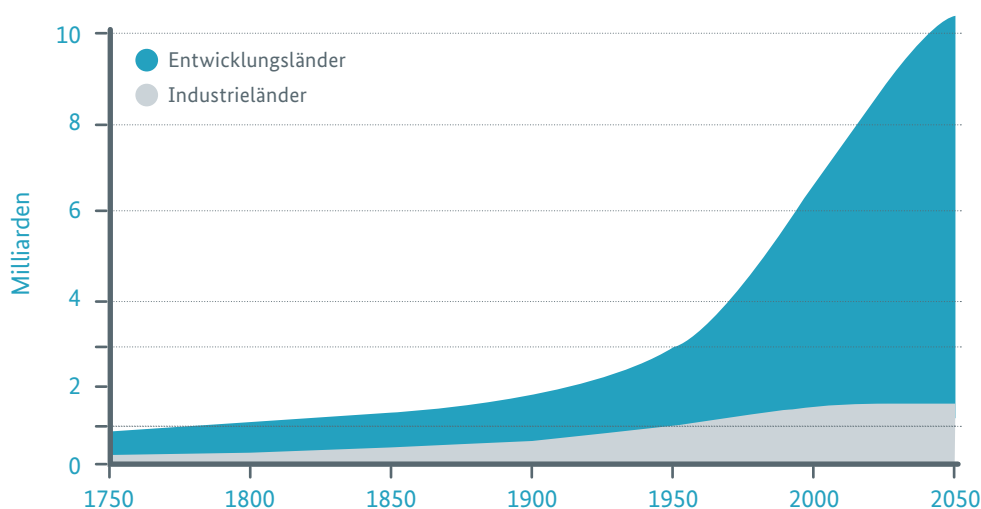
Zusätzlich setzen wir weltweit auf den Know-how-Transfer durch Klinikpartnerschaften und den regelmäßigen Austausch von Gesundheitsexperten.

→ *Klinikpartnerschaften*

Mit der Initiative „Selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit“ gibt es ganz konkrete Angebote für die Verbesserung der Mutter-Kind-Gesundheit. Dazu gehören beispielsweise der Zugang zu modernen Methoden der Familienplanung und die Ausbildung von Hebammen. Hierfür stellen wir bis zum Jahr 2019 ebenfalls 200 Millionen Euro zur Verfügung.

→ *Familienplanung*

WELTWEITE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



Quelle: UNEP, GRID Arendal

4 Klimaschutz – Zeit zu handeln.

Der Klimaschutz ist die Überlebensfrage der Menschheit. Sie entscheidet sich ganz wesentlich in Entwicklungs- und Schwellenländern. Bis Mitte des Jahrhunderts müssen wir unseren Konsum und unsere Produktion weitestgehend dekarbonisieren, d. h. überwiegend auf den Einsatz fossiler Energieträger verzichten.

→ *Schutz globaler Güter*

Nur mit einer „Welt-Energiewende“ lässt sich das 2-Grad-Ziel erreichen. Konkret muss es gelingen, den Energiebedarf Afrikas, Indiens und weiterer aufstrebender Länder wie Indonesien und Vietnam weitgehend durch die Nutzung nichtfossiler Energiequellen zu decken. Beton und Stahl müssen weit überwiegend durch erneuerbare Ressourcen, insbesondere durch Holz, ersetzt werden. Nur so können wir sicherstellen, dass die Grundlagen unserer Existenz gesichert werden.

→ *Welt-Energiewende*

Ein Euro für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern führt dabei zu einer deutlich höheren Einsparung von Emissionen als in Industrieländern. Schließlich werden oftmals völlig veraltete Technologien ersetzt. Die CO₂-Minderung beträgt in der Folge ein Vielfaches.

UNSER ANSATZ

Deshalb starten wir jährlich Klimaschutzprogramme, die zu Emissionseinsparungen führen, die höher sind als die deutschen Emissionen im Verkehrs- und Landwirtschaftssektor.

→ *Anpassungsmaßnahmen in der Landwirtschaft*

Mit unserer Initiative zu Klimarisikoversicherungen wollen wir zusammen mit der Versicherungswirtschaft bis zum Jahr 2020 weitere 400 Millionen Menschen in Entwicklungsländern gegen Klimarisiken absichern.

→ *Schutzmaßnahmen tropischer Regenwald*

→ *Klimarisikoversicherungen*

Deutschland wird seine Mittel zur internationalen Klimafinanzierung bis 2020 auf 4 Milliarden Euro erhöhen.

5 Erneuerbare Energien – Schlüssel für Entwicklung und Klimaschutz

Neben der Welternährung ist Energie die zentrale Zukunftsfrage der Menschheit. Energie ist der Motor wirtschaftlicher Entwicklung. Aber noch immer haben viele Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern keinen Zugang zu moderner Energieversorgung. 2,7 Milliarden Menschen (40 Prozent der Weltbevölkerung) sind auf Holz, Holzkohle oder Pflanzenreste zum täglichen Kochen und Heizen angewiesen. 90 Prozent der Haushalte in Subsahara Afrika verwenden Biomasse für den täglichen Energiebedarf.

UNSER ANSATZ

Wir setzen mit unseren Programmen zur „Grünen Bürgerenergie für Afrika“ und Energising Development auf die dezentrale Energieversorgung durch erneuerbare Energien und auf der Basis eines genossenschaftlichen Ansatzes. In 26 Partnerländern in Afrika, Lateinamerika und Asien haben wir bereits 17,3 Millionen Menschen, 19.400 soziale Einrichtungen und 38.600 kleine Unternehmen an die grüne Stromversorgung angeschlossen. Darüber hinaus wollen wir unsere Maßnahmen zur beruflichen Bildung im Energiesektor, insbesondere in afrikanischen Staaten, ausbauen.

- *Genossenschaftsbewegung*
- *Grundstrukturen Erneuerbarer Energien in den Partnerländern*
- *Ausbildung und Technologietransfer*

6 Umwelt und Biodiversität – wir schätzen und schützen die Natur

Die aktuelle Rate des globalen Artensterbens übersteigt die natürliche Aussterberate um das 100- bis 1.000-fache. Jährlich wird eine Waldfläche von 13 Millionen Hektar zerstört – etwa ein Drittel der Fläche Deutschlands. Ein Viertel aller Meeresfischbestände ist gefährdet; bei derzeitigem Trend wird im Jahr 2050 keine kommerzielle Fischerei mehr möglich sein.

Die Bewahrung der Schöpfung ist nicht nur moralische Pflicht. Der Schutz globaler Güter ist unsere Verantwortung. Eine Welt braucht Wald, Boden, Wasser und Luft.

- *Schutz globaler Güter*

UNSER ANSATZ

Wir haben für den Erhalt intakter Meere einen 10-Punkte-Aktionsplan für Meeresschutz und nachhaltige Fischerei aufgelegt. Bis zum Jahr 2020 sollen mindestens 20 Prozent der Meeresküsten von acht Karibikstaaten unter Schutz stehen.

- *Meeresschutz*

Mit rund 2 Milliarden Euro für mehr als 200 Waldinitiativen sind wir bereits jetzt einer der größten Geber. Bis zum Jahr 2020 wollen wir die Entwaldung halbieren und bis zum Jahr 2030 die Zerstörung natürlicher Wälder beenden, und 350 Millionen Hektar entwaldete und geschädigte Waldlandschaften wiederherstellen.

- *Erhalt von tropischen Regenwäldern*

7 Fairer Handel und Digitalisierung – Entwicklungssprünge machen

Die wichtigste externe Finanzierungsquelle für nahezu alle Entwicklungsländer sind Einkünfte aus dem Export von Gütern und Dienstleistungen. Diese beliefen sich 2016 mit 8,3 Billionen US-Dollar auf fast die Hälfte der globalen Ausfuhren.

Fairer Handel ist dabei der Schlüssel für eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung. Fairer Handel bedeutet: faire Preise für Rohstoffe und Produkte entlang der gesamten Wertschöpfungskette unter gleichzeitiger Beachtung der ökologischen und sozialen Mindeststandards.

→ *Fairer Handel*

UNSER ANSATZ

Mit dem Textilbündnis zeigen wir, wie es gehen kann. Mit klaren Standards entlang der Lieferketten. Parallel dazu müssen wir die WTO reformieren – hin zu einer Fair-Handels-Organisation. Für alle afrikanischen Staaten wollen wir einen zoll- und quotenfreien Zugang zum EU-Binnenmarkt und den Abbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen fördern.

→ *Textilbündnis*

→ *WTO-Reform*

Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung nutzen und Entwicklungssprünge ermöglichen: durch den Aufbau digitaler Infrastrukturen, vor allem aber durch Investitionen in die Fähigkeiten der Menschen (wie z. B. durch die eSkills4Girls-Initiative der G20), in Bildung und für eine faire und offene Entwicklung einer digitalisierten Welt.

→ *eSkills4Girls*

8 Wirtschaft und Beschäftigung – Vorfahrt für Jobs

Bis zum Jahr 2050 werden jedes Jahr 20 Millionen Jugendliche neu auf den afrikanischen Arbeitsmarkt kommen. Sie brauchen eine Zukunft. Sie brauchen Jobs.

UNSER ANSATZ

Mit der neuen Sonderinitiative Ausbildung und Beschäftigung wollen wir die Grundlagen für mehr Jobs in Afrika legen.

→ *SI Ausbildung und Beschäftigung*

Wir entwickeln 15 Sonderwirtschaftszonen, Industrieparks und Cluster mit je 30.000 bis 70.000 Arbeitsplätzen in 5 Jahren.

→ *Sonderwirtschaftszonen*

Zusätzlich investieren wir mit unserem Mittelstandförderprogramm für Afrika in Wertschöpfung und mittelständische Strukturen sowie Start-Ups vor Ort.

→ *Start-Up Förderung*
→ *Mittelstandsförderprogramm*

9 Good Governance – Fördern und Einfordern

Jedes Jahr fließen etwa 50 Milliarden US-Dollar auf illegalem Weg aus Afrika ab. Das entspricht in etwa den Entwicklungsgeldern für Afrika.

Eine gute Regierungsführung ist zugleich Voraussetzung und Ziel von Entwicklungspolitik. Mit dem Marshallplan mit Afrika haben wir deutlich gemacht: Wir werden mehr fördern, aber auch mehr fordern.

→ *Good Governance*
→ *Marshallplan mit Afrika*

UNSER ANSATZ

Wir stärken die Ausbildung von Steuer-Fachleuten an Steuerakademien. Zugleich fördern wir Institutionen, die eine ordentliche Mittelverwendung sicherstellen: Rechnungshöfe und Anti-Korruptionseinheiten.

→ *Rechnungshöfe*
→ *Anti-Korruptionseinheiten*

Gleichzeitig knüpfen wir unsere Mittel an sichtbare Verbesserungen bei der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, ablesbar durch entsprechende Verbesserungen in international anerkannten Indizes (wie beispielsweise dem Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International, dem Doing Business Index der Weltbank und dem Bertelsmann Transformations Index).

Gemeinsam müssen wir die Gewinnverlagerung und -verkürzung internationaler Konzerne verhindern. Entwicklungs- und Schwellenländern gehen jedes Jahr mehr als 100 Milliarden US-Dollar an öffentlichen Einnahmen verloren. Wir wollen den Aktionsplan der OECD zur Schaffung neuer, globaler Standards bei der Steuerverwaltung konsequent umsetzen, so dass Entwicklungsländer ihren fairen Anteil an den bei ihnen erwirtschafteten Gewinnen und so mehr Eigeneinnahmen erhalten.

→ *BEPS/Aufbau dezentraler Verwaltungsstrukturen*

Schließlich müssen wir privates Kapital dorthin lenken, wo es wirklich gebraucht wird: Raus aus Steuerparadiesen und fossilen Energieträgern; hinein in die wirtschaftliche Entwicklung insbesondere in Afrika und eine moderne, klimafreundliche Infrastruktur.

10 Menschenrechte und Frauenförderung – jeder Mensch hat ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde

Menschenrechte bilden die universelle Grundlage für ein Leben in Freiheit, Würde und Gleichberechtigung. Sie gewährleisten, dass jeder Mensch am politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben teilnehmen und seinen Lebensstil, seine Kultur und Religion frei wählen kann.

UNSER ANSATZ

Entwicklungspolitik ist Menschenrechtspolitik. Sie sorgt durch Information und Aufklärung dafür, dass Menschenrechte nicht nur auf dem Papier gelten, sondern in die Realität umgesetzt werden. Sie setzt sich global, in den Partnerländern aber auch in der Wirtschaft für die konkrete Einhaltung und Umsetzung der Menschenrechte ein.

→ *Schulungen*
→ *Aufklärungs-*
maßnahmen

Ein besonderer Schwerpunkt sind dabei Frauenrechte. Denn obwohl Frauen weltweit Verantwortung übernehmen, werden sie noch immer vielfach benachteiligt und ihrer Rechte beraubt.

→ *Frauenrechte*

Der Grundsatz der deutschen Entwicklungspolitik lautet deshalb: Gleiche Rechte, gleiche Pflichten, gleiche Chancen und gleiche Macht für Frauen und Männer.



7. Europäisierung und Internationalisierung

Wir arbeiten eng mit unseren europäischen und multilateralen Partnern zusammen.

Im Mittelpunkt steht dabei die Europäische Union, die eine zentrale Position im Hinblick auf die Gestaltung internationaler Prozesse durch ihre Rolle, ihre Zuständigkeiten und ihr Gewicht in relevanten Politikfeldern innehat. Die EU und ihre Mitgliedstaaten stellen die Hälfte der weltweiten ODA-Leistungen. Deutschland trägt zum Budget der EU rund 21 Prozent bei und trägt eine besondere entwicklungspolitische Verantwortung.

Für Europa ist eine neue Partnerschaft mit Afrika die entscheidende Zukunftsaufgabe. Angesichts der Chancen und Herausforderungen auf dem Nachbarkontinent brauchen wir eine neue Dimension der Zusammenarbeit.

Mehr Verantwortung übernehmen

Neben der europäischen Verantwortung muss auch die internationale Staatengemeinschaft in Krisenregionen noch stärker als bisher unterstützen. Es ist nicht hinnehmbar, dass acht Länder auf der Welt 90 Prozent des Hilfsvolumens zur Verfügung stellen und die anderen wegsehen. Alle müssen sich in diese globale Partnerschaft einbringen. Dazu haben wir uns gemeinsam beim Weltzukunftsvertrag verpflichtet.

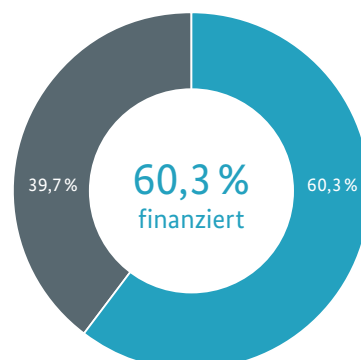
Hierzu gehört auch, dass das jährliche Missverhältnis zwischen rund 150 Milliarden Euro für Entwicklungszusammenarbeit und mehr als 1.600 Milliarden Euro für Rüstungsausgaben kleiner und nicht größer wird. Entwicklungspolitik ist Investition in Frieden.

Schließlich trägt Entwicklungszusammenarbeit dazu bei, Krisen zu verhindern, Konflikte zu bewältigen und Frieden zu fördern.

Schneller reagieren

Als internationale Gemeinschaft müssen wir zudem schneller reagieren können als bisher. Wir brauchen daher einen multilateralen Krisenreaktionsfonds innerhalb des VN-Systems, der die Grundfinanzierung bei Krisenreaktion und Ineinandergreifen von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit verbessert. Dabei würden nach Angaben der Vereinten Nationen bereits 10 Milliarden US-Dollar mehr pro Jahr ausreichen, um eine Notversorgung in allen aktuellen Krisengebieten sicherzustellen und das Überleben der Menschen dauerhaft zu sichern.

HILFSAUFRUFE DER VEREINTEN NATIONEN 2017



Insgesamt finanziert:
14,22 Mrd. US-Dollar
Bedarf:
23,57 Mrd. US-Dollar
Finanzierungslücke:
9,35 Mrd. US-Dollar

Quelle: UN-OCHA

Wir brauchen eine euro- päische und internationale Trendwende hin zu globaler nachhaltiger Entwicklung:

1. EIN STARKES EUROPA

Wir brauchen ein starkes Europa, das mit einer Stimme spricht und so als globaler Akteur Vorreiter für nachhaltige Entwicklung wird.

2. HANDLUNGSFÄHIGE VEREINTE NATIONEN

Wir setzen auf leistungsfähige und adäquat ausgestattete Vereinte Nationen.

3. FAIRER WELTHANDEL

Wir fordern eine fairere Gestaltung der Welthandelsordnung, die globale nachhaltige Wertschöpfungsketten fördert.

4. G7 UND G20 ALS VORREITER

Wir fördern entwicklungspolitische Meilensteine auf Ebene der G7 und G20 und setzen sie um.

5. BESSERE WIRKSAMKEIT

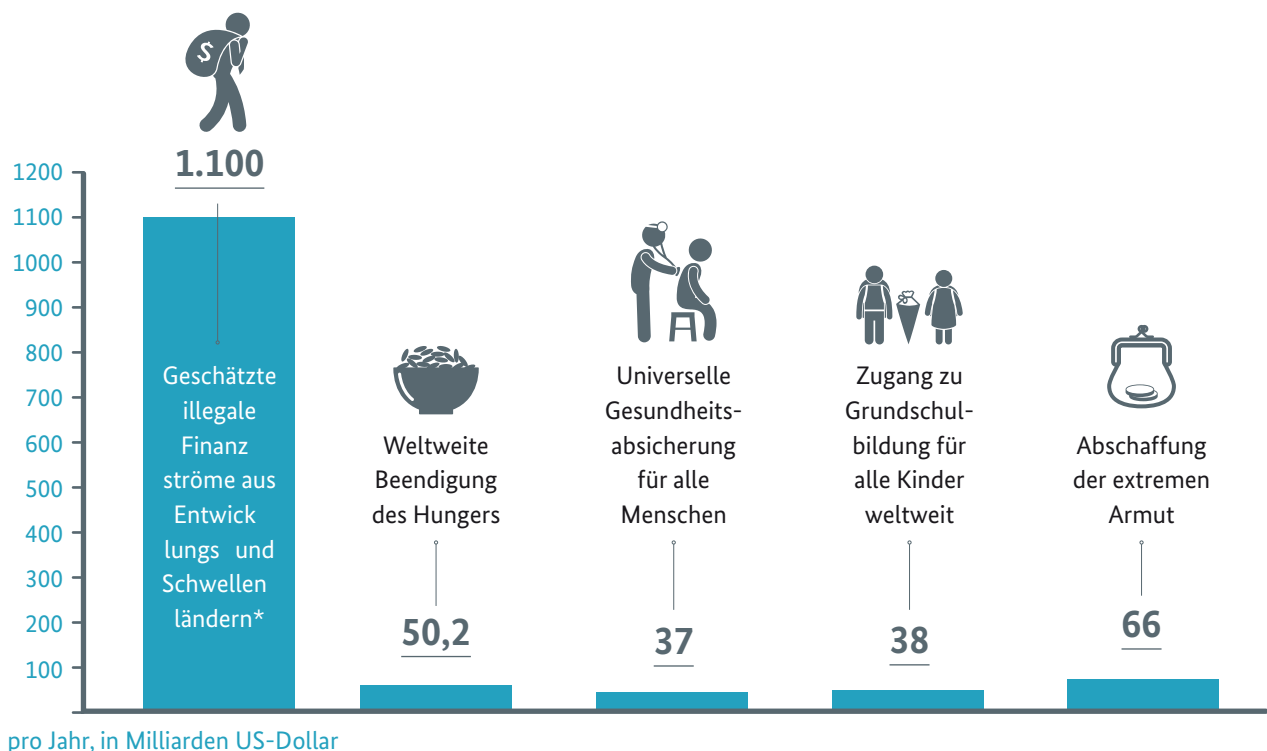
Wir wollen die Wirksamkeit der Maßnahmen, die Kohärenz und die Kooperation multilateraler Akteure weiter verbessern.

8. Entwicklungsfinanzierung

Mit der Agenda 2030 hat sich die Weltgemeinschaft umfassende Ziele gesetzt. Es geht dabei um so grundlegende Dinge wie eine ausreichende Ernährung, Bildung, funktionierende Gesundheitssysteme und Zugang zu Energie. Die Finanzierung hierfür ist noch nicht gesichert. Schätzungen der Vereinten Nationen (UNCTAD) gehen von einem jährlichen Finanzbedarf von 2 bis 3 Billionen US-Dollar aus.

Mit dem Pariser Klimaabkommen wurde die Zusage der Industrieländer aus dem Jahr 2009 fortgeschrieben, bis zum Jahr 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für die Klimafinanzierung zu mobilisieren. Diese Verpflichtung wurde bis ins Jahr 2025 verlängert.

FEHLENDE FINANZMITTEL FÜR AUSGEWÄHLTE NACHHALTIGKEITZIELE IM VERGLEICH ZU ILLEGALEN FINANZSTRÖMEN



Schätzungen legen nahe, dass das Volumen illegaler Finanzströme* aus Entwicklungs- und Schwellenländern mehr als zehnmals so hoch wie die Gesamtsumme aller Mittel für Entwicklungszusammenarbeit ist. * Der Begriff „illegale Finanzströme“ bezeichnet Geld, das 1. gesetzwidrig verdient und/oder 2. gesetzwidrig verwendet und, in jedem Fall, 3. ins Ausland verlagert wird. Hierzu zählen unter anderem Gelder aus Steuerhinterziehung, kriminellen Aktivitäten wie Drogenhandel oder auch durch Korruption generierte Mittel. Quelle: GREENHILL und ALI (2013); UNGA (2014); KAR und SPANJERS (2015).

Diese Beträge können nicht nur aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden. Vielmehr müssen alle zur Entwicklungsfinanzierung beitragen:

➔ **DIE ENTWICKLUNGS- UND SCHWELLENLÄNDER –**

DURCH HÖHERE EIGENEINNAHMEN

Eigene Einnahmen und ein effizientes Management der eigenen Ressourcen sind wichtige Instrumente zur Armutsbekämpfung. Sie ermöglichen den Regierungen der Partnerländer, öffentliche Güter und Dienstleistungen wie Gesundheits- und Bildungssysteme oder Straßen zu finanzieren. Nur durch ausreichende eigene Einnahmen können die Entwicklungsländer langfristig unabhängig von externer Hilfe werden und Eigenverantwortung für die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele übernehmen. Daher unterstützen wir Partnerländer beim Aufbau von Steuersystemen, bei nachhaltiger Beschaffung, bei der Bekämpfung von Korruption und illegalen Finanzströmen sowie beim Aufbau von transparenten Verwaltungssystemen.

➔ **DIE PRIVATWIRTSCHAFT –**

DURCH HÖHERE INVESTITIONEN

Es ist in erster Linie der Privatsektor, der Arbeitsplätze schafft und so zur Armutsreduktion und zum wirtschaftlichen Aufschwung beiträgt. Private Direktinvestitionen aus dem Ausland haben ebenso wie Rücküberweisungen von Privatinvestitionen immer mehr an Bedeutung zugenommen. Im Gegensatz zu anderen Kapitalströmen weisen beide einen einigermaßen stabilen Verlauf auf. 2016 betragen die Direktinvestitionen in Entwicklungsländern etwa 650 Milliarden US-Dollar und damit mehr als viermal so viel wie die öffentlichen Entwicklungsgelder. 2014 übertrafen Entwicklungsländer erstmals die Industriestaaten als Anlageorte für private Direktinvestitionen.

➔ **FINANZSYSTEME –**

DIE DEN MENSCHEN DIENEN

Wir brauchen Finanzsysteme, die Entwicklung fördern und nicht blockieren. Grundlage hierfür sind klare Regeln und eine stärkere Kooperation zwischen den Staaten, wie beispielsweise ein automatischer Austausch von Finanz- und Steuerdaten sowie die Offenlegung von Eigentumsverhältnissen von Unternehmen. Damit einhergehen muss eine stärkere Eigenverantwortung des Finanzsektors. Unverantwortliche Spekulationen auf Nahrungsmittel sind zu beenden und exzessive Spekulationsgeschäfte einzudämmen. Eine europaweite Finanztransaktionssteuer mit einer Besteuerung von 0,1 Prozent auf den Handel von Aktien und Anleihen und 0,01 Prozent auf spekulative Anlagen wie Derivate könnte einen Teil der notwendigen Mittel für dringend benötigte Zukunftsinvestitionen in Afrika zur Verfügung stellen. Schließlich könnte mit weniger als 0,05 Prozent der bestehenden weltweiten Finanzanlagen die jährliche Finanzierungslücke für Infrastrukturinvestitionen in Afrika geschlossen werden.

➔ **DER WELTHANDEL –**

MIT EINEM FAIREN WELTHANDELSSYSTEM

Die wichtigste externe Finanzierungsquelle für nahezu alle Entwicklungsländer sind Einkünfte aus dem Export von Gütern und Dienstleistungen. Diese beliefen sich 2016 mit 8,3 Billionen US-Dollar auf fast die Hälfte der globalen Ausfuhren. Seit Jahren wachsen die Ausfuhren aus Entwicklungsländern doppelt so schnell wie jene der Industriestaaten, rund 60 Prozent sind mittlerweile Fertigwaren. Der Anteil des sogenannten Süd-Süd-Handels hat sich seit 1980 verdreifacht. Diese erfreulichen Daten betreffen vor allem die asiatischen Volkswirtschaften. Die Exporterlöse afrikanischer, arabischer und lateinamerikanischer Staaten beruhen nach wie vor stark auf Rohstoffen.

→ **DIE INDUSTRIE- UND
SCHWELLENLÄNDER –
DURCH STAATLICHE
ENTWICKLUNGSGELDER**

Das Ziel ist klar und bekannt: Die Industrieländer müssen endlich 0,7 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für internationale Entwicklung aufbringen. Wir brauchen konkrete Schritte, um die Eigeneinnahmen der Partnerländer, die Privatinvestitionen und die Handelseinnahmen sinnvoll zu ergänzen. Die staatlichen Entwicklungsgelder müssen komplementär und katalytisch eingesetzt werden. Wären in 2017 alle Industrieländer ihrer Verpflichtung nachgekommen, hätten Entwicklungs- und Schwellenländern etwa 331 Milliarden US-Dollar zur Verfügung gestanden. Tatsächlich wurden nicht einmal die Hälfte, sondern lediglich rund 150 Milliarden US-Dollar zur Verfügung gestellt. Aber auch die Schwellenländer und Länder mit mittlerem Einkommen müssen sich ambitionierte Ziele setzen, Entwicklungsländer und insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder zu unterstützen.

HERAUSGEBER

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ),
Referat Politische Analyse und Planung

REDAKTION

BMZ

GESTALTUNG

Atelier Hauer + Dörfler GmbH, Berlin

STAND

Oktober 2018

DIENSTSITZE

→ BMZ Bonn

Dahlmannstraße 4

53113 Bonn

Tel. +49 (0) 228 99 535 - 0

Fax +49 (0) 228 99 535 - 3500

→ BMZ Berlin im Europahaus

Stresemannstraße 94

10963 Berlin

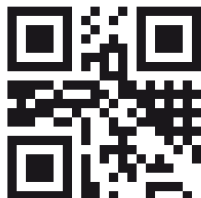
Tel. +49 (0) 30 18 535 - 0

Fax +49 (0) 30 18 535 - 2501

KONTAKT

poststelle@bmz.bund.de

www.bmz.de



Besuchen Sie uns unter
www.bmz.de